

KOMMENTAR:

„LEHRMÄßIGE NOTE ZU EINIGEN FRAGEN ÜBER DEN EINSATZ UND DAS VERHALTEN DER KATHOLIKEN IM POLITISCHEN LEBEN“

Rückendeckung für eine Toleranz mit Standpunkt.

Elisabeth Jünemann

Es kommt zur rechten Zeit, das römische Wort zu „einigen Fragen über den Einsatz und das Verhalten der Katholiken im politischen Leben“. Die, an die es gerichtet ist, Männer und Frauen, die sich privat oder in Organisationen als katholische Christen am politischen Leben in einer demokratischen Gesellschaft beteiligen, können Orientierung gebrauchen. Und Rückendeckung. Schelte haben sie schon genug eingesteckt. Manch eine und manch einer wird die „lehrmäßige Note“ nun entsprechend mit spitzen Fingern und einer gehörigen Portion Skepsis in Empfang nehmen: Noch eine Disziplinierung? Diesmal von allerhöchster kirchlicher Stelle? Aber darum geht es der gestern veröffentlichten „lehrmäßigen Note“ der päpstlichen Glaubenskongregation nicht.

Sie ruft die „ständige Lehre“ über das Verhältnis von Religion und Politik, Staat und Kirche in Erinnerung: Religion und Politik sind weder eins, noch sind sie völlig voneinander zu trennen. Weder der Fundamentalismus, die „Identifikation des religiösen Gesetzes mit dem Zivilgesetz“ noch eine „Laizität“, die „jede politische und kulturelle Relevanz“ der Religion leugnet, tat den Menschen jemals gut. Sie erinnert an die im Zweiten Vatikanischen Konzil und in den Sozialenzykliken immer wieder betonte Notwendigkeit, die Autonomie, die je eigene Gesetzlichkeit der Bereiche zu beachten. Es ist nicht Sache der Kirche, nicht Sache des Lehramtes, über die Politik zu entscheiden.

Wohl aber ist es Sache jedes Christen, am öffentlichen und politischen Leben teilzunehmen. Wer tagtäglich im gesellschaftlich-politischen Geschäft versucht, die Autonomie des Politischen zu achten und gleichzeitig eindeutig christlich zu entscheiden und zu handeln, der ahnt, warum der Glaubenskongregation „eine Klärung wichtiger Aspekte und Dimensionen dieses Themas angebracht erscheint“.

Der Katholik, der sich im politischen Leben einsetzt, verhält sich zu zwei Welten. In der einen geht es um die Mehrheit, in der anderen um die Wahrheit. In der einen um einen Pluralismus, der notwendig zur Demokratie gehört. In der anderen um eine Wahrheit über den Menschen und die Welt, „die nicht verhandelbar ist“.

Die einen sprechen vom Wert der Toleranz. Von verschiedenen Grundschemata der Weltdeutung. Wahrheit erscheint im Plural. Das „anything goes“, das ursprünglich für die Ästhetik gemeint war, übertragen sie selbstverständlich auf die Politik, die Ökonomie, die Religion und die Ethik.

Die anderen stemmen sich gegen eine Toleranz ohne Standpunkt. Gegen eine Toleranz, die den Markt als Vorbild hat. Auf dem ja auch alles möglich ist, wenn es sich nur verkauft. Sie halten den Menschen für wahrheitsfähig. Für fähig, nach der Wahrheit zu suchen. Und ihr zum Durchbruch zu verhelfen. Ihnen stärkt das römische Papier den Rücken. Sie werden in Schutz genommen gegen die Marginalisierung christlicher Positionen durch eine Toleranz, die als Beliebigkeit dahergeht.

Toleranz ist nicht zu verwechseln „mit einem unterschiedslosen Pluralismus in der Wahl der moralischen Prinzipien und Grundwerte“ „Die legitime Vielfalt der zeitlichen

Optionen lässt den Mutterboden unversehrt, aus dem der Einsatz der Katholiken in der Politik kommt“ Wenn es um das Leben des Menschen von seinem Anfang bis zu seinem Ende bei Gott geht, dann stehen „grundlegende unaufgebbare Forderungen“ zur Disposition. In Fragen der Abtreibung und der Euthanasie, der Biomedizin, aber auch da, wo es um den Schutz und die Förderung von Familie geht, um Schaffung von Gerechtigkeit und Frieden - da steht der „Kern der moralischen Ordnung auf dem Spiel“. Der Kern des Glaubens.

Für den, der sich als Christ in der Politik verhält, bedeutet das: Widerstand. Widerstand gegen jedes Gesetz, das der Wahrheit über den Menschen entgegensteht. Das bedeutet, in Anerkennung der Logik der Politik, in der die Mehrheit ihr Recht fordert, aber zuweilen auch: Da, wo eine Aufhebung oder Abwendung eines geltenden oder zur Abstimmung gestellten Gesetzes politisch nicht möglich ist, solche Gesetzesvorschläge zu unterstützen, die „die Schadensbegrenzung eines solchen Gesetzes zum Ziel haben“.

So verstandene Toleranz spricht einerseits gegen jeden Missbrauch von Religion durch Fundamentalisten. Sie verzichtet auf die Okkupation der Politik durch die Religion. Und verhindert andererseits die Okkupation der Religion durch die Politik.

Wer wollte dem römischen Wort, das an politisch engagierte Katholiken in aller Welt geht, absprechen, dass es auch für Deutschland gilt? Nicht nur zur rechten Zeit gesprochen ist sondern auch am rechten Ort. Es ist es wert, hier gehört und gelesen zu werden – auch wenn es mindestens eine Stunde kostet, sich durch die römische Amtssprache hindurchzukämpfen.